



Hiltrud Lotze
Mitglied des Deutschen Bundestages

+++ NEWSLETTER-SONDERAUSGABE

Änderung des Infektionsschutzgesetzes +++

Liebe Bürger*innen, liebe Genoss*innen,

ich kann mich nicht erinnern, wann mich zuletzt so viele Anfragen zu einem Gesetzesvorhaben erreicht haben wie zu der geplanten Änderung des Infektionsschutzgesetzes. Viele Menschen aus Lüneburg und Lüchow-Dannenberg haben mich in den vergangenen Tagen angerufen oder mir E-Mails geschrieben. Sie alle eint die Sorge um die aktuelle Situation. Einige haben Angst, sich anzustecken und fordern strengere Regeln. Andere sorgen sich um die Demokratie und unser föderales System. Wieder andere wünschen sich weniger Einschränkungen für Kinder und



Jugendliche oder sind infolge des Lockdowns in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Auch wird darüber diskutiert, ob der Inzidenzwert oder andere Parameter der richtige Maßstab des Handelns sind. Die vielen Reaktionen zeigen, wie sehr Corona und der gesellschaftliche und politische Umgang damit unser Leben momentan beeinflussen. Seit einem Jahr befindet sich unser Land (und mit Deutschland viele andere Staaten) in einer Art Ausnahmezustand. Es ist höchste Zeit, dass sich das ändert – darüber sind wir uns alle einig.

Von Beginn an haben wir sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete uns dafür eingesetzt, dass der Bundestag mehr Mitspracherechte bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erhält. Auch mein Vorgänger, Thomas Oppermann, hat sich als Vizepräsident des Deutschen Bundestages bis zu seinem Tod vehement dafür ausgesprochen, die Entscheidungsmacht zurück ins Parlament zu geben. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat ihre Berechtigung, ist aber kein Dauerzustand. Solche einschneidenden Maßnahmen müssen öffentlich und breit diskutiert werden. Genau das passiert jetzt.

Heute Morgen hat der Bundestag in erster Lesung über die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, also eine bundesweit geltende Corona-Notbremse, diskutiert. Die Fachberatungen beginnen jetzt. In den kommenden Tagen wird der

Hiltrud Lotze

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gesetzentwurf in den Ausschüssen, in den parlamentarischen Arbeitsgruppen, in den Fraktionen und in mehreren Sondersitzungen beraten, um dann erneut im Bundestagsplenum zur Abstimmung gestellt zu werden. Mit diesem Newsletter möchte ich den aktuellen Stand des Verfahrens abbilden, um transparent zu zeigen, was bisher geplant ist.

Aktuelle Informationen finden Sie auch weiterhin auf meiner Homepage unter www.hiltrud-lotze.de bzw. über meine Social-Media-Kanäle via Facebook www.facebook.com/HiltrudLotzeMdB/ und Instagram www.instagram.com/hiltrudlotze.

Mit solidarischen Grüßen

Ihre und Eure



ES GEHT NUR GEMEINSAM!

Wir sind mitten in der dritten Welle der Corona-Pandemie. Die Bevölkerung wünscht sich nachvollziehbare und möglichst einheitliche Regeln. Das nehmen wir sehr ernst!

Deshalb verankern wir die Notbremse einheitlich im Infektionsschutzgesetz. Außerdem müssen auch Arbeitgeber*innen ihren Beitrag leisten. Wer Beschäftigten kein Home-Office ermöglichen kann, muss ihnen ein Testangebot machen. Uns ist aber auch wichtig, die sozialen Folgen abzufedern – und etwa die Kinderkrankentage aufzustocken. Für diese Dinge haben wir uns in der Koalition erfolgreich eingesetzt! Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion sind dabei folgende Aspekte zentral:

Klare Regeln im Kampf gegen die Pandemie!

- ✓ Notbremse wird bundesweit einheitlich gesetzlich verankert.
- ✓ Wer kein Homeoffice ermöglicht, muss Corona-Tests anbieten.

SPD
Fraktion im
Bundestag

DIE DRITTE WELLE BRECHEN

**1. Gesundheits-
schutz
stärken**



- Arbeitgeber müssen Homeoffice ermöglichen - und Tests anbieten, wo Präsenz nötig ist
- Masken, Abstands- und Hygieneregeln fortführen
- Testpflicht an Schulen
- Kinderkrankentage aufstocken

Um möglichst schnell wieder weniger Infektionen zu haben, müssen weitergehende bundesweit gültige Sofortmaßnahmen abgestimmt werden, die für alle Bundesländer verbindlich sind. Dazu gehören der Arbeitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Testpflicht an Schulen und ein einheitliches Vorgehen an unseren Landesgrenzen.

DIE NOTBREMSE BUNDESEINHEITLICH IM INFEKTIONSSCHUTZGESETZ VERANKERN

**2. Notbremse
gesetzlich
verankern**



Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die in der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossene Notbremse aufgrund unterschiedlicher Auslegung durch einzelne Bundesländer nicht einheitlich konsequent umgesetzt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt deshalb die Initiative der Bundesregierung, die Notbremse im Infektionsschutzgesetz bundeseinheitlich zu regeln.

Die einzelnen Maßnahmen müssen geeignet, erforderlich und angemessen sein. Ein großer Diskussionspunkt sind dabei die vorgesehenen nächtlichen Ausgangsbeschränkungen. Die SPD-Fraktion hat hier bereits erheblichen Nachbesserungsbedarf angemeldet.

PERSPEKTIVEN KLAR BESCHREIBEN

3. Öffnungsperspektiven schaffen

DAS FORDERN WIR

- Produktionskapazitäten von Impfstoffen und Tests ausbauen
- Impfmanagement entbürokratisieren
- Geimpfte gleichbehandeln wie negativ Getestete
- Corona-Warn-App weiterentwickeln

Zentral für die SPD-Bundestagsfraktion ist das transparente und nachvollziehbare Aufzeigen von Öffnungsperspektiven. Hierfür braucht es eine nachvollziehbare Darlegung der in den kommenden Monaten zu erwartenden Impfdosen und Testkapazitäten, so dass sich Öffnungsstrategien für einzelne Bereiche und planbar aufzeigen lassen.

HILFS- UND UNTERSTÜTZUNGSPROGRAMME AUFSTOCKEN

4. Hilfen aufstocken

- Corona-Aufhol-Paket für Kinder und Jugendliche
- Corona-Zuschuss für Kinder im Hilfebezug
- Überbrückungshilfe fortführen
- Gute Löhne in der Pflege

DAS FORDERN WIR

Trotz der umfangreichen staatlichen Hilfen droht zahlreichen insbesondere kleinen Unternehmen und Solo-Selbstständigen eine existenzielle Notlage. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht deswegen fest, dass angesichts der weiteren Einschränkungen die Hilfsprogramme insbesondere für Familien, Beschäftigte, Betriebe (u. a. Gastronomie, Tourismus, Schausteller) und Kultureinrichtungen aufgestockt und bis zum Jahresende verlängert werden müssen.

Hiltrud Lotze, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-71084

Fax: +49 30 227-76085

Wahlkreisbüro:

Auf dem Meere 14/15

21335 Lüneburg

Telefon: +49 4131 85 44 775

hiltrud.lotze@bundestag.de